

Klimapolitik in Europa & der Lausitz gendergerecht gestalten

ZUSAMMENFASSUNG | 16.05.2022
WEB-Talk der FES-Brandenburg

Der European Green Deal ist das bisher umfassendste Klimaprogramm der Europäischen Union. Ziel ist ein gerechter Übergang, bei dem niemand, „weder Mensch noch Region, im Stich“ gelassen wird. Eine moderne, ressourceneffiziente und wettbewerbsfähige Wirtschaft soll mit einer deutlichen Senkung der Treibhausgasemissionen einhergehen.

Die aktuelle Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „[Ein feministischer European Green Deal - für einen ökologischen und geschlechtergerechten Übergang](#)“ zeigt auf, dass dieses ehrgeizige Programm weitgehend „geschlechtsblind“ ist. Insbesondere in den Schlüsselbereichen Energie, Verkehr und Landwirtschaft, welche für die höchsten Emissionen verantwortlich sind, bestehen demnach zahlreiche Lücken mit Blick auf die Gleichstellung.

Als Region im Strukturwandel soll auch die Lausitz vom Programm des European Green Deal profitieren. Doch gerade dort haben mittlerweile viele Frauen ihre Heimat verlassen. Entstandene Initiativen zeigen auf, dass die bisherigen Planungen und Maßnahmen die Belange von Frauen nicht ausreichend berücksichtigen.

Um eine Rückkehr bzw. das Bleiben attraktiv zu machen, hat sich das Netzwerk „F wie Kraft - Frauen.Leben.Lausitz“ gegründet. Es bietet Frauen und ihren Vereinen in der Lausitz einen öffentlichen Raum, um über ihre Themen- und Tätigkeitsfelder zu sprechen. Außerdem haben

Gleichstellungsexpertinnen aus der Lausitz ihre Ziele und Forderungen in einem Positionspapier zusammengefasst, um den Strukturwandel aktiv mitzugestalten.

Wie sieht ein feministischer Blick auf den „European Green Deal“ aus? Welche Politikempfehlungen lassen sich für seine geschlechtergerechte und transformative Umsetzung formulieren? Welche Anregungen gibt es für einen gendergerechten Strukturwandel in der Lausitz?

*In einem Web-Talk des Landesbüros Brandenburg der Friedrich-Ebert-Stiftung am 16.05.2022 diskutierten **Dr. Anke Stock**, Vorstands-Mitglied im „Women Engage for a Common Future“ (WECF) und Co-Autorin der FES-Studie „Ein feministischer European Green Deal - für einen ökologischen und geschlechtergerechten Übergang“, **Dr. Julia Gabler**, Professorin in Vertretung an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Hochschule Zittau/Görlitz und Co-Autorin der Studie „Frauen als Wirtschaftsfaktor für die Lausitz. Perspektiven von Frauen auf den Strukturwandel in der Lausitz“, **Wolfgang Roick**, Mitglied des Landtages und Vorsitzender des Sonderausschusses „Strukturentwicklung in der Lausitz“ und die Landesgleichstellungsbeauftragte für Brandenburg **Manuela Dörnenburg** zu diesen und weiteren Fragen, unter der Moderation der freien Journalistin **Annika Kreppe**.*

DER PLAN DER EU FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG

Der 2019 beschlossene [European Green Deal](#) (EGD) ist der Regulierungsrahmen der Europäischen Kommission, um den grünen Wandel anzugehen, bildet dabei aber keine explizite Strategie, um beispielsweise die UN-Nachhaltigkeitsziele EU weit umzusetzen. Mit ihm sollen die Verpflichtungen aus dem „Pariser Abkommen“ erfüllt werden, gleichzeitig hält er aber nach wie vor an den Prinzipien einer klassischen Wachstumsstrategie fest. Die EU möchte mit dem EGD das Ziel erreichen, ihre Emissionen bis 2030 um mindestens 55 % gegenüber dem Stand von 1990 zu senken und bis 2050 gar keine

Netto-Treibhausgasemissionen mehr auszustoßen. Der EGD soll dabei einem gerechten und inklusiven Übergang gewährleisten.

Politische Entscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf ungleiche Lebenssituationen und Interessen. Die FES-Studie untersucht daher, ob Männer und Frauen gleichsam vom EGD profitieren und formuliert konkrete Empfehlungen für eine gender-transformative Klimapolitik.

LÜCKEN IM HINBLICK AUF GLEICHSTELLUNG

Der ökofeministische Ansatz der Studie zeichnet sich durch Intersektionalität aus und berücksichtigt damit die besondere Problematik, wenn Personen von mehr als einer Diskriminierungsform betroffen sind. Hintergrund dieser Herangehensweise ist die Annahme, dass insbesondere marginalisierte Gruppen unter Umweltzerstörung und dem Klimawandel leiden.

Die in der Studie vorgenommene Analyse konzentriert sich auf die drei Sektoren mit dem größten Treibhausgasausstoß: Landwirtschaft, Transport bzw. Verkehr und Energie samt dem Bereich der Gebäuderenovierung. Für alle drei Sektoren kommt die Studie zu dem Schluss, dass der EGD geschlechtsblind ist und somit existierende Geschlechterstereotype und Ungleichheiten noch verstärkt. So ignoriert der EGD im Bereich der Landwirtschaft, dass Frauen vornehmlich in kleinen oder Familien-betrieblichen Situationen verankert sind. Zum einen laufen sie damit stärker Gefahr, in prekäre Arbeitsbedingungen zu geraten, da sie zwar mitarbeiten, statistisch aber nicht korrekt erfasst werden. Zum anderen sind sie dadurch bisher häufig von Förderungen ausgeschlossen gewesen, welche vor allem großen Betrieben zugutegekommen sind, die mit ihrer intensiven Landwirtschaft maßgeblich für das Artensterben verantwortlich sind. In der EU sind immer noch 13 Millionen Menschen, vor allem Frauen, Kinder und andere marginalisierte Gruppen, von moderater bis akuter Ernährungsunsicherheit bedroht. Obwohl die „Gemeinsame Agrarpolitik“ (GAP) nach fast 60 Jahren nun endlich überarbeitet wurde, enthalten sie keine Ziele zur Erreichung der Gleichstellung. Bei der vorgestellten Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ wird ein Gleichstellungsanspruch erwähnt, aber klare Ziele fehlen.

Im Verkehrssektor nehmen die Treibhausgasemissionen derzeit immer noch zu. Er ist zudem auch der Verbrauchsbereich mit dem größten Ungleichgewicht: Menschen mit höherem Einkommen haben einen deutlich höheren Verbrauch an Energie für Verkehr (besonders im Luftverkehr). Der EGD verpasst, die unterschiedlichen Mobilitätsmuster von Männern und Frauen zu beachten. Er fokussiert sich stattdessen vor allem auf den technologischen Ausbau der bestehenden Mobilitätssysteme. Diese sind allerdings von männlichen Normen dominiert, welche im Schnitt eine schlechtere Klimabilanz aufweisen. Frauen werden im Verkehrssektor nur vor dem Hintergrund betrachtet, sie als Arbeitskräfte zu stärken, nicht als Teilnehmende am Verkehr.

Ein großer Teil der Fördermaßnahmen des EGD konzentriert sich im Energiesektor auf den Erhalt und die Umwandlung von Industriearbeitsplätzen. Da Frauen wegen weiterhin vorherrschender Geschlechterstereotypen aber lediglich 20 % dieser Arbeitsplätze besetzen, profitieren sie davon weniger. Hinzu kommt, dass Frauen nach wie vor etwa zwei Drittel der unbezahlten Sorgearbeit zu Hause leisten, so dass sie dort einen höheren Energieverbrauch haben. Andere Ansätze wie das Prosument*innen-Modell (also Konsument*innen, die auch selbst produzieren) lassen außer Acht, dass Frauen meistens weniger Ressourcen für Teilhabe an nachhaltigen Lösungen wie Energiegenossenschaften zur Verfügung haben. Programme der Renovierungswelle beziehen nicht mit ein, dass Frauen häufiger von Energiearmut betroffen sind und öfter in ärmeren Wohnungen leben. Eine Verteuerung durch Renovierung kann also auch die Gefahr des Wohnungsverlustes mit sich bringen.

EMPFEHLUNG FÜR EINE GENDER-TRANSFORMATIVE KLIMAPOLITIK

Aus der Studie ergibt sich die Notwendigkeit, den EGD neu zu denken, da es sich bei ihm nach wie vor um eine Wachstumsstrategie handelt, was im Widerspruch zu den Zielen der Klimaneutralität und Verbesserung der Biodiversität steht. Stattdessen braucht es den Wandel zu einer feministischen Wohlfahrtsökonomie, bei der die Sorge um Mensch und Natur im Mittelpunkt steht.

Im Zuge dessen bedarf es der Bevorzugung kleinerer, biodiverser Landwirtschaften. Um den Zugang zu Ernährung als Anliegen einzubeziehen und speziell auf die Faktoren Einkommen, Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit einzugehen, benötigt es faire Preise für Erzeuger*innen und Verbraucher*innen. Durch Obergrenzen für Subventionszahlungen könnte die Unterstützung auf kleinere und mittlere Landwirt*innen konzentriert werden. Es braucht zudem die technische und finanzielle Unterstüt-

zung von Prosument*innen.

Für das Verkehrswesen ist es unerlässlich, sichere, gut zugängliche, bezahlbare und gerechte Leistungen auszubauen, um eine Abkehr von der privaten Mobilität zu ermöglichen. Auch muss der Bedarf an Mobilität insgesamt gesenkt werden, beispielsweise durch das Konzept der Nah-Städte, in denen alles in 15 Minuten fußläufig erreichbar ist.

Entscheidend für den Energiesektor sind geschlechtersensible und ausgleichende Maßnahmen für die Renovierungswelle und ein geschlechtergerechtes Steuersystem. Darüber hinaus muss die Herangehensweise für das Prosument*innen-Modell verbessert werden und dringend Ursachenforschung für die höhere Energiearmut bei Frauen betrieben werden, speziell auch unter dem Gesichtspunkt von intersektionalen Faktoren.

(GENDER-)PERSPEKTIVEN AUS DER LAUSITZ – EINER REGION IM STRUKTURWANDEL

Die Lausitz ist eine der wichtigsten Energie- und Industrieregionen Ostdeutschlands. In dem Fördergebiet für Braunkohle wurde die Ankündigung vom Kohleausstieg bis spätestens 2038 daher zunächst mit Aufregung aufgenommen. Die Notwendigkeit wurde aber akzeptiert und so wurde der Kohleausstieg im August 2020 von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Zumal auch im EGD ein gerechter Übergang durch gebietsspezifische Pläne unterstützt werden soll. Es ist nicht der erste Strukturwandel, den die Region durchmacht – bei der Wende in den 90er Jahren kam es zum Abbau vieler Großbetriebe und damit einhergehend großer Arbeitslosigkeit. Mittlerweile stellt sich vor allem in der Industrie aber eher das Problem des Fachkräftemangels.

Im August 2020 wurde der [Sonderausschuss „Struktur-entwicklung in der Lausitz“](#) gebildet, der sich mit Fachfragen zu dem Thema auseinandersetzt. Dies tut er vor allem zur Umsetzung des Strukturstärkungsgesetzes (StStG), welches 2019 beschlossen wurde und ebenfalls im August 2020 in Kraft getreten ist. Dabei geht es darum, in der Summe 40 Mrd. Euro Finanz- und Strukturhilfen sowie Investitionen in Infrastruktur zwischen den vier Kohleländern (Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt) zu verteilen. Diese Finanzhilfen sind bis 2038 in drei Förderperioden gestaffelt und

sollen eingesetzt werden, um über Umgebungsmaßnahmen für wegfallende Arbeitsplätze Ersatz zu schaffen. Die Gesamtsumme setzt sich aus 14 Mrd. Euro vom Bund und 26 Mrd. Euro von den Ländern zusammen. Dass die Lausitz über Ländergrenzen geht, verursacht mitunter schwierige politische Situationen, so sind die Prozesse für die Mittelvergabe in Brandenburg und Sachsen beispielsweise unterschiedlich geregelt. In Brandenburg teilt sich die Förderung hauptsächlich in zwei Bereiche. Ein Arm, unter dem die Finanzhilfen für beispielsweise Straßen und Schienenwege eingesetzt werden sollen und ein zweiter, über den Leuchtturmprojekte, v. a. ein Fahrzeuginstandhaltungswerk, die Universitätsmedizin und Forschungsprojekte in Cottbus, finanziert werden sollen. Um eine hohe Beteiligung der Bevölkerung zu ermöglichen, erfolgt die Umsetzung in fünf thematischen Werkstätten: „Unternehmen, Wirtschaftsentwicklung und Fachkräftesicherung“, „Innovation und Digitalisierung“, „Infrastruktur und Mobilität“, „Daseinsvorsorge, ländliche Entwicklung und ‘Smart Regions’“ sowie „Kultur, Kreativwirtschaft, Tourismus, Marketing“. Im Rahmen des Werkstattprozesses kann eine vereinfachte Antragstellung auf einen Verein, eine Kommune oder ein Unternehmen gestellt werden. So konnten schon mehrere Fokusthemen im Ausschuss bearbeitet werden.

Im März 2022 wurde ein Fachgespräch im großen Plenum im Landtag zu „Frauen im Strukturwandel“ abgehalten, bei dem sich für Vertreterinnen aus Verwaltung, betrieblicher Mitbestimmung und Wissenschaft die Möglichkeit bot, zu Wort zu kommen. Es folgte eine Aufforderung an die Landesregierung, geschlechtsdifferenzierte Daten eines Beteiligungsprozesses am „Lausitz-Programm“ bis 2038 zu erheben.

Das Fachgespräch war dringend notwendig, da die Lausitz ein massives, strukturell verhärtetes Problem mit weiblicher Abwanderung hat. Die Wurzeln finden sich im ersten Strukturbruch, durch den nach der Wende insbesondere Frauen aus dem Arbeitsmarkt gedrängt wurden und sich im Hausfrauenmodell wiederfanden, welches bis dahin in der BRD deutlich verbreiteter war als in der DDR. So waren es Frauen, die beim Schließen der Betriebe als erste ihre Arbeitsplätze verloren. Bereits damals begann die Flucht vor dem Niedergang einer Industrieregion. Die gut qualifizierten Frauen wander-

ten ab, um andernorts berufliche Perspektiven wahrzunehmen, die sie in der Lausitz nicht mehr hatten. Ähnliches gilt auch heute wieder, die Fehler der 90er werden wiederholt. Mit Niedriglohnsektor, Teilzeit und wenig Entwicklungschancen sind die Beschäftigungszweige in der Region für Frauen unattraktiv. Der Strukturwandel fokussiert auf den Energiesektor und männliche Industriearbeiter.

Dabei leisten Frauen fortwährend produktive Entwicklung im Kleinen. Als Großteil des Personals in Pflege, Erziehung, Bildung und Dienstleistung kompensieren sie den Rückbau von ländlicher Infrastruktur und schaffen dezentralisierte Strukturen in diesen Bereichen, ganz im Sinne einer nachhaltigen, regionalen Wirtschaft. Dennoch bleiben sie von Entscheidungsstrukturen ausgeschlossen. Damit verstärkt sich die Gefahr des gesamten Strukturwandels noch, dass bestehende Ungleichgewichte in klimatischen Krisensituationen verstetigt werden.

UNTERSTÜTZUNG IN EIGENINITIATIVE: F WIE KRAFT

Die Untersuchung, warum Frauen dennoch in der Region bleiben, liefert die Erkenntnis, dass Frauen ihr Bleiben „als Prozess“ verstehen. Bleiben findet so als plurale Lebensweise ihren Ausdruck und findet in unterschiedlichen Lebensphasen anders statt. Mitunter verlassen Frauen zum Studium die Region, oder praktizieren eine Art Teilzeitlebensmodell, um in der Region zu leben und andernorts zu arbeiten oder andersherum: sie wohnen in Dresden, Leipzig oder Berlin und arbeiten – auch phasenweise - in der Lausitz. Anders als in den 1990ern suchen Akteurinnen Gestaltungschancen in der Region. Auch wollen heute die neuen Akteur*innen in der Region bleiben, doch es fehlt an Angeboten und Räumen zur Verwirklichung in allen Lebensbereichen, für eine umfangreiche Sesshaftigkeit. Einige wollen das aber gar nicht und bevorzugen multilokale Lebensformen.

2016 entstand das Netzwerk „F wie Kraft – Frauen. Leben. (Ober)Lausitz“, um eine Plattform für weibliche Existenzweisen anzubieten. Auf dieser können Kraftmo-

mente und -orte in der Region geteilt werden, um die Wahrnehmung und das Bewusstsein für die vielfältigen Lebenswelten der Frauen untereinander zu fördern und ihre Gestaltungsabsichten sichtbar zu machen. Hier vernetzen sie sich, forschen und unterstützen sich gegenseitig. Neben der Website mit Beiträgen von Frauen gibt es Symposien, Konferenzen, ProduzentinnenTOUREn und einen digitalen Stammtisch. Zusätzlich zum Einbringen in „trägere Strukturen“ wie Begleitausschüssen, wurde zudem das Bündnis der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten der Lausitz begleitet und ein [Positionspapier](#) erarbeitet.

Das Netzwerk versteht sich auch als Angebot an die Politik, um auf konkrete Anliegen zu verweisen, denn die eigenständige Organisation kann nicht das einzige Mittel bleiben, es braucht politische Untermauerung und v. a. Ressourcen, um das Problem der Abwanderung zu lösen. Hier war das Fachgespräch im Rahmen des Sonderausschusses vor dem Landtag ein wichtiger erster Schritt.

WAS BRAUCHT ES?

Es bedarf einer Strategie, die das Problem von mehreren Seiten angreift. Dabei muss eine genaue Folgeabschätzung geleistet werden, also eine Beobachtung wie und was diskutiert wird und wer welche Folgen eines Szenarios zu tragen hat.

Wenn die Landesregierung Gesetze plant, muss die Frage gestellt werden, ob die Genderperspektive bedacht und mit eingeplant wurde. Der Auftrag zur geschlechterdifferenzierten Datenerhebung wird dafür eine entscheidende Rolle spielen und muss daher unbedingt umgesetzt werden. Strategische Elemente wie Gender-Budgeting – also eine genderbezogene Analyse, wo welche Mittel hingehen – können dafür sehr sinnvolle Mittel sein.

Gremien und Führungsebenen müssen ausgewogen mit Frauen besetzt werden, genau wie Redner*innen und Expert*innen im offenen Raum für die Zusammenarbeit zur Umsetzung einer geschlechtergerechten Politik. Dafür müssen auch gezielt Formate im ansprechenden Modus gefunden werden, um verschiedene Gruppen mit möglichst vielen Perspektiven einzuladen, sich zu beteiligen

Durch die Bereitstellung fachlicher, organisatorischer und finanzieller Ressourcen sollten die Stärkung der Frauennetzwerke, die Diversifizierung der Perspektiven und die Modernisierung der Organisationskultur unterstützt werden.

GEMEINSAM GROßE SPRÜCHE MACHEN

In der Frage der Gendergerechtigkeit in der Klimapolitik lassen sich viele Parallelen zwischen der europäischen und der regionalen Ebene ziehen. Für beide kristallisiert sich heraus, dass es eine dringende Abkehr von der Wachstumsideologie, hin zur Ressourcen-Einsparung und zu stärkerer Wertschätzung von sozialer und ökologischer Arbeit benötigt.

Das Erheben genderspezifischer Daten aus intersektionalen Perspektiven heraus sollte als notwendige Vorstufe verstanden werden, Instrumente, Arbeits- und Denkweisen der Förderlogik umzustellen.

Bestehende Normen der Geschlechterverhältnisse müssen hinterfragt und wirtschaftliche Ungleichheiten beseitigt werden. Dazu braucht es eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter bei allen Handlungs- und

Entscheidungsprozessen. Unmittelbar damit einher geht auch die Förderung der Umverteilung der unbezahlten Betreuungsarbeit.

Die Menschheit steht vor einer großen Herausforderung und die Zeit drängt – nur radikale Änderungen können jetzt von den bestehenden Ungleichheiten wegführen. Es braucht ein Bewusstsein, dass eine gerechtere, gesündere Welt Vorteile für alle bringt.

LINKS ZU DEN STUDIEN:

Rose Heffernan | Patrizia Heidegger | Gabriele Köhler | Anke Stock | Katy Wiese:

[Ein feministischer European Green Deal. Für einen ökologischen und geschlechtergerechten Übergang.](#)

F wie Kraft. Ein Projekt des TRAWOS-Institut für Transformation, Wohnen und soziale Raumentwicklung an der Hochschule Zittau/Görlitz:

[Frauen als Wirtschaftsfaktor für die Lausitz. Perspektiven von Frauen auf den Strukturwandel in der Lausitz.](#)

WEITERE QUELLEN:

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz:

[Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen.](#)

Europäische Kommission:

[Umsetzung des europäischen Grünen Deals.](#)

Europäische Kommission:

[Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik](#)

Förderverein Lausitz e.V.:

[Wirtschaftsstandort Lausitz.](#)

F wie Kraft:

[Frauen. Leben. Lausitz.](#)

Landtag Brandenburg:

[Fachgespräch im Sonderausschuss Lausitz über Frauen im Strukturwandel.](#)

Weef:

[Why the European Green Deal needs ecofeminism.](#)

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Landesbüro Brandenburg
Hermann-Elflein-Str. 30/31 • 14467 Potsdam

AUTORIN:

Gesine Goldammer
freie Autorin

REDAKTION:

Miriam Kiene
Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Brandenburg

GESTALTUNG & SATZ:

Julia Heilck

COPYRIGHT 2022 Friedrich-Ebert-Stiftung


Potsdam@fes.de

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfszwecke verwendet werden.

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.,
Landesbüro Brandenburg**

Hermann-Elflein-Str. 30/31 | 14467 Potsdam
Tel. (0331) 29 25 55

Web. www.fes.de/landesbuero-brandenburg

 /FES.Brandenburg